Beschlussvorlage

Vorlagen Nr.
24/133

Status:

öffentlich

Gemeinsamer Antrag aller im Stadtrat vertretenen Ratsgruppen und Fraktionen zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung (Vorlage: ANTRAG 24/006); Beschlüsse zur Umsetzung des Antrags

Beratungsfolge:

Nr.	Gremium	Datum	Zuständigkeit	Status	Beschluss
1.	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Beteiligungen	22.05.2024	Empfehlung	öffentlich	
2.	Verwaltungsausschuss	27.05.2024	Empfehlung	nicht öffentlich	
3.	Rat der Stadt Aurich	30.05.2024	Beschluss	öffentlich	

Beschlussvorschlag:

- 1.) Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Aurich in der Fassung vom 08.05.2008 wird mit Wirkung zum 01.01.2024 ersatzlos aufgehoben.
(Anlage 1)
- 2.) Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze (Hebesätze) für die Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Aurich wird in der **Anlage 2** beigefügten Fassung beschlossen.
- 3.) Der Rat der Stadt Aurich verpflichtet sich, die Einnahmen aus der Grundsteuererhöhung (siehe Ziff. des Beschlusses) ausschließlich für die Sanierung von Verkehrsanlagen i.S.d. § 6 Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG) zu verwenden. Dazu erstellt die Verwaltung nach rein fachlichen Kriterien eine Prioritätenliste.

Die **Anlagen 1 und 2** sind Bestandteil der Beschlüsse

Sachverhalt:

- I. Antrag 24/006 der Ratsgruppen und Fraktionen

Die im Rat der Stadt Aurich vertretenen Ratsgruppen und Fraktionen haben mit Antrag vom 14.02.2024 (ANTRAG 24/006) **-Anlage 3-** die rückwirkende Abschaffung der bestehenden Straßenausbaubeitragssatzung zum 01.01.2024 beantragt. Zur Kompensation der Einnahmeausfälle soll

eine Gegenfinanzierung durch die Anpassung des Grundsteuerhebesatzes erfolgen. Der Stadtrat verpflichtet sich, die Einnahmen aus dieser Grundsteuererhöhung ausschließlich für Straßensanierungen zu verwenden. Dazu erstellt die Verwaltung nach rein fachlichen Kriterien eine Prioritätenliste der zu sanierenden Straßen. Die Verwaltung wird beauftragt so schnell wie möglich eine Vorlage erstellen, aus der hervorgeht, wie hoch der jährliche finanzielle Bedarf für Straßensanierungen ist und um wie viele Hebesatzpunkte die Grundsteuern erhöht werden müssten.

II. Stellungnahme der Verwaltung

II.1 Begrifflichkeit „Straßensanierung“

Die Stadt erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung, Erweiterung, grundlegenden Verbesserung und Erneuerung ihrer öffentlichen Straßen, Wege und Plätze - insgesamt, in Abschnitten oder Teilen- sowie der von ihr bereitgestellten Wirtschaftswege von den Grundstückseigentümern, denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser öffentlichen Einrichtungen besondere wirtschaftliche Vorteile bietet, Beiträge.

Nach dem Wortlaut des Antrags soll lediglich für **Straßensanierungen** eine Kompensation der Einnahmeausfälle erfolgen soll. Der Begriff der Straßensanierungen i.S.d. der Straßenausbaubeitragssatzung bzw. § 6 NKAG ist allerdings weiter zu fassen.

Zum beitragsfähigen Aufwand gem. der Straßenausbaubeitragssatzung gehören neben den Aufwendungen für **Fahrbahnen** oder der Mischflächen mit Unterbau und Oberbau sowie für notwendige Erhöhungen und Vertiefungen einschließlich der Anschlüsse auch die Maßnahmen für die **Oberflächenentwässerung**.

II.2 Ermittlung Bedarf Sanierungsmittel für Straßen und Oberflächenentwässerung

Die Investitionen im Bereich Straßenbau und Oberflächenentwässerung belaufen sich im Planungszeitraum 2023 bis 2027/2028 auf insgesamt 9,65 Mio. €. Die Aufteilung auf die beiden Investitionsbereiche stellt sich wie folgt dar:

Straßenbau:	5,77 Mio. €
Oberflächenentwässerung:	3,89 Mio. €

Für den o.a. Betrachtungszeitraum ergeben sich in den Bereichen Straßenbau und Oberflächenentwässerung Straßenausbaubeiträge von insgesamt rd. 2,74 Mio. €, die es bei einer Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung zu kompensieren gilt.

Aufteilung Straßenausbaubeiträge:

Straßenbaumaßnahmen:	1,86 Mio. €
Oberflächenentwässerung:	878 Tsd. €

Bei dem o.a. Betrachtungszeitraum von sieben Jahren ergeben sich jährlich Straßenausbaubeiträge von rd. 400 Tsd. € (266 Tsd. € Straßenbau und 125 Tsd. € Oberflächenentwässerung= 391 Tsd. €)

Der Landkreis Aurich hat auf Anfrage zu einer Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung am 16.01.2023 wie folgt Stellung genommen:

„Sollten im **investiven Finanzhaushalt** keine Möglichkeiten zur Beschaffung der vakanten Mittel

i.H.v. derzeit 350.000 Euro bis 500.000 Euro jährlich ermittelt werden, würden sich zur Finanzierung des Straßenbaus mittelfristig der investive Kreditbedarf erhöhen. ...Abschließend ist festzustellen, dass die **Aufhebung der Straßenausbausatzung** und der damit verbundenen Beitragserhebung **nicht rechtswidrig wäre, die Stadt jedoch angehalten ist, zielführende Alternativen zur Schließung der entstehenden Finanzierungslücke zu finden.**

II. 3 Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B zur Kompensation der Einnahmeausfälle

Bei einer Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung entfallen bei beitragspflichtigen investiven Maßnahmen die Beiträge der Anlieger. Gem. § 111 Abs. 5 NKomVG haben Kommunen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel an erster Stelle aus speziellen Entgelten zu beschaffen (Grundsatz der Finanzmittelbeschaffung). Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist hiervon explizit ausgenommen (Satz 3). Die Rangfolge der Finanzmittelbeschaffung besagt, dass die Gemeinde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel, soweit vertretbar und geboten, zunächst aus speziellen Entgelten für die von ihnen erbrachten Leistungen zu beschaffen habe. Erst **nachrangig** dürfen Steuern erhoben bzw. erhöht werden. Bei einer angespannten Haushaltslage ist es allerdings geboten, jede Möglichkeit der Finanzmittelbeschaffung auszunutzen, bevor ein Haushaltssicherungskonzept dies letztendlich ohnehin fordern würde. **Die aktuelle Rechtsprechung geht teilweise von einer Pflicht aus, wenn ansonsten kein Haushaltsausgleich erreicht werden könnte.**

Eine Alternative ist eine **Grundsteuererhöhung**. Steuereinnahmen gehören zu den laufenden Einnahmen bzw. allgemeinen Deckungsmitteln (Erträge der Kernfinanzierungsmasse) und finanzieren damit vorrangig die laufenden Aufwendungen des Ergebnishaushaltes. Dazu gehören insbesondere die Personalkosten, Aufwendungen für Unterhaltung und sonstige Sachkosten sowie die Abschreibungen. Bei unausgeglichenen bzw. angespannten Haushalten würden die höheren Grundsteuereinnahmen zweckfremd zur Deckung des allgemeinen Haushalts eingesetzt und nicht ihrem ursprünglichen Zweck, der Investition in Straßen, zugeführt.

Dem Antrag zufolge soll eine Selbstverpflichtung des Rates in der Art erfolgen, dass die durch die Erhöhung der Grundsteuer (B) erfolgten Mehreinnahmen für Straßensanierungen verwendet werden sollen.

Bei einer Kompensation der unter II. 2 ermittelten durchschnittlichen Einnahmeausfälle von jährlich 400 Tsd. € müsste nach dem Antrag der Ratsgruppen und Fraktionen die Anhebung des Hebesatzes wie folgt vorgenommen werden:

Haushaltsansatz Grundsteuer B für 2024	=	8.100.000 €
Hebesatz 2024	=	420 %

Zu generierende Mehreinnahmen Grundsteuer B wegen Wegfall Straßenausbaubeiträge:	=	400.000 €
--	---	-----------

Neuer Hebesatz 2024	=	441 %
Vergleich	=	+ 21 %

Die Anhebung des Hebesatzes um 21 %-Punkte ergibt eine Steigerung der des Steueraufkommens bei der Grundsteuer B i.H.v. 5 %.

II. 4 Erstellung einer Prioritätenliste

Die beantragte Verpflichtung des Rates, die Einnahmen aus der Grundsteuererhöhung ausschließlich für Straßensanierungen zu verwenden, soll nach dem Antrag durch eine seitens der Verwaltung nach rein fachlichen Gesichtspunkten Kriterien erstellte Prioritätenliste der sanierenden Straßen erfolgen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen schlägt die Verwaltung für das zu beschließende Haushaltsjahr und hierauf aufbauend bzw. erweiternd die Maßnahmenplanung für den Finanzplanungszeitraum die Investitionsmaßnahmen vor, die mit den bestehenden personellen Ressourcen umgesetzt werden können. Die Mittelanmeldung erfolgt auf Grundlage einer verwaltungsinternen Entscheidungsfindung u.a. auf Grundlage von ermittelten Prioritäten in der Notwendigkeit und in Reihenfolge der Umsetzung.

Qualitätsmerkmal Familiengerechte Kommune:

Der Beschluss hat keine Auswirkungen auf das Qualitätsmerkmal Familiengerechte Kommune.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Durch die Einführung einer Versiegelungsgebühr wird ein Anreiz geschaffen, weniger Flächen zu versiegeln bzw. Flächen zu versiegeln. Hier sind positive Auswirkungen auf den Klimaschutz zu erwarten.

Anlagen:

Anlage 1

Satzung zur Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Aurich vom 08.05.2008

Anlage 2

2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze (Hebesätze) für die Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Aurich

Anlage 3

Gemeinsamer Antrag Gruppen und Fraktionen (ANTRAG 24/006)

gez. Feddermann